



Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Pressemitteilung

Hamm, 09/10/14

EU-Kanada Abkommen bedroht landwirtschaftliche Strukturen Hohe EU-Importquoten für kanadisches Rindfleisch. Standardabbau in der Fleischverarbeitung

Die von der Tagesschau geleakten Vertragstexte zum Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) zwischen der EU und Kanada machen deutlich, dass die bäuerlichen Betriebe in Europa und die europäischen Standards in Erzeugung und Weiterverarbeitung massiv unter Druck geraten würden – wenn CETA in Europa nächstes Jahr ratifiziert werden sollte.

„Den geleakten CETA-Verträgen ist zu entnehmen, dass die EU für Kanada eine zollfreie Exportquote von mehr als 50.000 Tonnen Rindfleisch einräumen will, das ohne den Einsatz von Hormonen in Kanada erzeugt wird. In Kanada ist es erlaubt und gängige Praxis, dass Tiere mit Hormonen gemästet werden“, sagt Bernd Voß, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). „Damit wird die zollfreie Quote um das Zehnfache angehoben. Bisher hat die kanadische Fleischindustrie diese Quote kaum ausfüllen können, weil nicht ausreichend hormonfreies Fleisch für den Export in Kanada zur Verfügung stand.“

„Die Online-Zeitung 'Global Meat news.com' meldet kürzlich, dass Kanada aufgrund von CETA die Produktion von hormonfreiem Fleisch für den Export ausbauen will. Dafür bietet die hohe EU-Importquote für Rindfleisch offenbar ausreichend Ansätze“, so Voß. „Die bereits vorhandenen Rindfleischmengen auf dem EU-Markt üben bereits erheblichen Preisdruck aus, der durch weitere Importmengen erhöht würde.“

„Durch CETA geraten unsere Standards in Schlachthäusern unter Druck. Während in Kanada Schlachtkörper mit chemischen Zusätzen gereinigt werden, sind in der EU die Anforderung an die Schlachtwege qualitativ hochwertiger. Dennoch hat die EU die Reinigung von Rindfleisch mit Milchsäure im vergangenen Jahr erlaubt, auch wenn es in der Praxis noch nicht angewendet wird“, sagt Voß. „Das ist eindeutig eine Vorleistung der EU, hier Standards abzubauen. Davon profitiert aber nicht nur die Schlachtindustrie in Kanada, sondern auch in Europa. Der Standardabbau läuft im Hintergrund auf Hochtouren. Die AbL fordert die Politik im EU-Parlament und die Bundesregierung auf, CETA nicht zu unterzeichnen.“

Die AbL unterstützt die Selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative „Gegen TTIP und CETA“ und den europaweiten Aktionstag am 11. Oktober 2014.

Infos: www.abl-ev.de/

Kontakt: Bernd Voß, 0173-9135092